Protokollentwurf der gemeinsamen Sitzung von BEA und BSB vom 16.12.2014

Beginn: 18:30 Uhr

Ende 21:00 Uhr

Tagesordnung:

Top 0 Genehmigung der Tagesordnung, Protokollkontrolle

Das Protokoll der BEA-Sitzung vom 18.11.2014 wurde mit der Einladung versandt und wird zur Kenntnis genommen.

Das Protokoll übernimmt Peter Heckel (Justus-v.-Liebig-GS)

Top 1 Erläuterung der Zumessungsrichtlinien für LehrerInnen und ErzieherInnen

Gäste: Frau Kose, (Leiterin der Außenstelle und Schulaufsicht für Sekundarschulen sowie regionale Fortbildung)

Herr Bobusch (Schulaufsicht für Grundschulen und Schulen in freier Trägerschaft)

Frau Schreier (Schulaufsicht für Grundschulen und Sonderpädagogische Förderzentren)

Frau Kose erläutert die Zumessungsrichtlinien für LehrerInnen und ErzieherInnen, anhand der im Netz verfügbaren Unterlagen.

Fragen zur Personalausstattung:

1. *Unterrichtsausfall an Grundschulen*

- Kann eine Schule kurzfristigen, krankheitsbedingten Unterricht dadurch kompensieren, dass Erzieherinnen die Betreuung der Kinder übernehmen?
- Gibt es eine Begrenzung des Zeitraumes für den Einsatz des Unterrichts durch die Betreuung von ErzieherInnen? Ist es also zulässig, dass etwa der krankheitsbedingte Ausfall einer Lehrerin/ eines Lehrers über einen Zeitraum von mehreren Wochen (unterhalb der Langzeiterkrankung) durch die Betreuung kompensiert wird?
- Wie werden Eltern über Unterrichtsausfall (hier ist nicht die Vertretung von Unterricht gemeint) an Grundschulen informiert?
- Wie wirkt es sich auf Klassen aus, wenn sie in der GS unterfrequentiert sind?

Antwort:

Frau Kose antwortet auf einige Fragen folgendermaßen:

Im Arbeitszeitkontingent der LehrerInnen sind monatlich 2 Vertretungsstunden eingeplant. Zusätzlich dazu sind 3-4 Std. im Monat im Vertretungsfall von den LehrerInnen zu übernehmen. Diese zusätzlichen Vertretungsstunden sind proportional zum Stellenkontingent der einzelnen Lehrkraft und unter allen Mitgliedern eines Kollegiums ausgeglichen zu verteilen.

ErzieherInnen dürfen nicht als Unterrichtsvertretung eingesetzt werden. Sie dürfen im Vertretungsfall nur die Betreuung der Kinder übernehmen.

Die Eltern werden in der Regel von der Schulleitung bzw. von der Klassenleiterin über ausfallenden Unterricht informiert.

Lehrerarbeitsstunden werden einer Schule entsprechend der Kriterien der Zumessungsrichtlinie zugewiesen. Wenn eine Schule die unterfrequente Einrichtung von

Klassen beantragt, erhöht sich dadurch die Zuweisung von Personal nicht.

2. *Sonderpädagogische Förderung*

- Welche Ursache hat die Reduzierung der, in der ZMR festgelegten Anzahl von Sonderpädagogischen Förderstunden von 2,5 auf 1,5 Stunden in der Fördergruppe LES?
- Ist mit einer Änderung dieser Praxis zu rechnen, und wenn ja, ab wann?
- Wie sind die Gesamtmengen der Förderstunden im Bezirk verteilt?
- Wieviele, dem Bedarf nach anerkannte Sonderpädagogikstellen sind derzeit im Bezirk unbesetzt? Welche Ursache hat dies und wann können die Schulen mit einer Änderung dieser Unterbesetzung rechnen?
- Sind Arbeitszeitäquivalente von SonderpädagogInnen in den allgemeinen, einer Schule zugewiesenen VZE's enthalten? Können SonderpädagogInnen aus internen, Schulorganisatorischen Gründen auch als Klassen- oder FachlehrerInnen eingesetzt werden?
- In der Praxis werden viele Förderstunden aus der Fördergruppe LES zur Kompensation anderer schulischer Bedarfe, die sich z.B. aus der Notwendigkeit von Vertretungsbedarfen oder unterfrequenten Einrichtung von Klassen ergeben, genutzt. Muß eine Schulleitung die Nutzung von Förderstunden für andere Bedarfe der schulkonferenz zur Kenntnis geben?
- Gibt es eine Deckelung bei der Zuweisung der diagnostizierten Förderstunden?
- Gibt es eine Möglichkeit über die Schule Förderstunden dazuzubekommen?
- In welchem Umfang, wie und wo ist ein Antrag auf Förderstunden zu stellen?
- Die Diskussion über die Grundausstattung der Schulen ist sehr umstritten, da es scheinbar keine genauen Richtlinien für die Berechnung des Status gibt. Wie wird der Prozess gehandhabt?
- Können SchülerInnen von Grundschulen, deren Wohnort nicht im Bezirk oder im Einzugsgebiet liegt an einer, dem Elternwunsch entsprechende Oberschule einen Schulplatz erhalten?

Antwort:

Frau Schreier antwortet auf einige Fragen wie folgt:

Die zur Verfügung stehenden Stunden für die Sonderpädagogische Förderung sind gedeckelt. Das heißt im Landeshaushalt steht nur eine bestimmte Summe hierfür zur Verfügung. Ergeben sich in einem Schuljahr mehr Förderansprüche als mit dieser Summe bedienbar sind, muss entweder die geplante Stundenzumessung je Förderbedarf nach unten korrigiert werden oder eine geänderte regionale Verteilung der Mittel erfolgen.

Die Differenzierung der Förderbedarfsstunden liegt in der Regel im Grad des diagnostizierten Förderbedarfs. Dabei spielt der Grad der Behinderung und/oder die Art des Förderbedarfs eine wichtige Rolle. Zum Beispiel stehen für den Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ 8 Förderstunden, für den Förderbedarf „Lernen, Emotional-Soziale Entwicklung, Sprache“ (LES), 2,5 Std. laut Zumessungsrichtlinie zur Verfügung. Auch kann sich im Laufe der Zeit eine Veränderung in der Höhe des Bedarfs einstellen.

Die Schulen sind in der Regel personell so ausgestattet, daß auch ohne zusätzliche Sonderpädagogische Förderstunden durchaus gefördert werden kann. Ob und wieviele Teilungsstunden es z.B. gibt, hängt von der internen Organisation der jeweiligen Schule ab. Sonderpädagogische Förderbedarfe sind immer individuell.

Allerdings ist es durchaus wünschenswert in einigen Schulen die personelle Grundausstattung zu verbessern. Ob dies umgesetzt werden kann, hängt aber davon ab, wieviele Mittel insgesamt im Landeshaushalt für die Personalausstattung zur Verfügung stehen.

3. *Fragen zum Thema Sprachlerntagebuch*

- Was fangen die ErzieherInnen und LehrerInnen mit dem Sprachlerntagebuch an?
- Das Sprachlerntagebuch wurde zusätzlich 2005 eingeführt und wird von den ErzieherInnen in den Kitas geführt. Die ErzieherInnen haben teilweise kaum Zeit sich darum in gebührender Form darum zu kümmern. Das Zeitbudget ist oft zu wenig. Teilweise füllen die Eltern dieses auch selbst aus.

Antwort:

Herr Bobusch antwortet auf einige Fragen wie folgt:

Das Sprachlerntagebuch dient der besseren Einschätzung der Sprachentwicklung der Kinder und kann beim Übertritt in die Schule einen Einblick zur Sprachkompetenz der Kinder geben. Heißt, welchen Wortschatz hat der/die SchülerIn, wie ist das Verständnis der Sprache, welcher Stand ist erreicht.

Für die Eltern ist es eine Möglichkeit Hinweise zu bekommen, wo steht mein Kind.

Für die LehrerInnen ist es der Hinweis, was muß noch nachgeholt werden, wo kann man aufbauen und vieles mehr.

In der Regel sollte die Zeit für das Ausfüllen des Sprachlerntagebuches vorhanden sein.

Weitere Fragen

- Wieviele Sonderpädagogen sind für die Schulen im Bezirk vorgesehen?

Antwort:

keine feste Anzahl

GS 30/80 Sonderpädagogen

ISS 10/36 Sonderpädagogen

Ziel 2 Vollzeit (39Std) Sonderpädagogenstelle pro Schule

- Was passiert, wenn ein Notstand beim Betreuungspersonal (krankheitsbedingt) entsteht?

Antwort:

ErzieherInnen haben den Grundbedarf in den offenen und gebundenen Ganztagschulen zu gewährleisten. Die Personalausstattung der Schule ergibt sich dabei aus der Zumessungsrichtlinie für ErzieherInnen/SozialpädagogInnen. Die Schulleitungen sind verpflichtet bis zum Beginn des Schuljahres die Schüler- und Gruppennzahlen zum Stichtag anzugeben.

Abhängig von den Hortverträgen werden die Zahlen nachträglich zum Schulbeginn erfaßt und eventuelle Defizite an den Personalstellen ausgeglichen.

Die Personalbudgetierung wird mit +3% erhoben. Diese, in der Personalausstattung eingerechnete Mehrausstattung begründet, dass es keine zusätzlichen Vertretungsmittel für ErzieherInnen/SozialpädagogInnen gibt. Eine Sonderantragsmöglichkeit ergibt sich ab einer Langzeiterkrankung von 39 Wo.

- Wie wird bei einem Ausfall von LehrerInnen und oder ErzieherInnen, Personalmangel und dadurch keinem fachgerechtem Unterricht, auf die Situation seitens der Schulaufsicht reagiert?

Antwort:

Frau Kose weist darauf hin, daß die Sonderpädagogen ausgebildete LehrerInnen sind und für den Unterricht jederzeit eingesetzt werden können.

Sollte es dennoch zu gravierenden Engpässen kommen, so besteht die Möglichkeit für die Schulen sich an die Schulaufsicht zu wenden, um nach einer schnellen Lösungsfindung zu

suchen.

Frau Kose versicherte auch, daß Eltern sich gern in solch dringenden Fällen an die Schulaufsicht wenden können.

- Eltern beklagen, daß sie bei der Oberschulplatzsuche für ihre Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf von einigen Schulen die Auskunft erhalten haben ihre Kinder könnten dort nicht aufgenommen werden. Wie sollen Eltern mit solchen Auskünften umgehen?

Antwort:

Frau Kose weist ausdrücklich auf Folgendes hin:

Sollte es solche Fälle geben, so müssen sich die Eltern bei der Schulaufsicht melden. Es wird daraufhin ein Prüfungsverfahren eingeleitet! Zitat Frau Kose: "Das darf es nicht geben!"

Die Eltern sollen Ihre Wünsche und Kritiken schriftlich formulieren und direkt an das Schulamt leiten!

Grundsätzlich gilt, die freie Schulplatzwahl für Kinder mit/und ohne Förderbedarf.

Schulen können Auswahlkriterien, z.B. analog zum Schulprogramm, festlegen. Bei einer Übernachfrage der jeweils vorhandenen Schulplätze, können diese Kriterien zur Auswahl der Anmeldungen genutzt werden. Eltern haben die Möglichkeit einen Erst-, Zweit- und Drittwunsch für den Oberschulplatz ihres Kindes zu äußern.

- Bis zu wieviele Kinder, mit sonderpädagogischem Förderbedarf, werden in einer Sekundarschule pro Klasse integriert?

Antwort:

4 Kinder pro Klasse

Frau Kose schließt die Beantwortung der Fragen mit dem Hinweis ab, daß bei weiteren, spezifischen Fragen, diese in schriftlicher Form bitte direkt an die Schulaufsicht gestellt werden sollen. Sie bittet um Verständnis dafür, daß in dieser Sitzung, aus Zeitgründen, nicht alle Fragen beantworten konnten. Die Sitzungsleitung bedankt sich bei den Gästen und verabschiedet sie.

Die gemeinsame Sitzung des BEA und des BSB wird gegen 20:15 benedet und in der alleinigen Sitzung des BEA fortgesetzt..

Top Sonstiges

Der Vorstand gibt den nächsten Themenpunkt Inklusion für die Januarsitzung im neuen Jahr bekannt, in der das Thema Inklusion behandelt wird.

Es wird über den Vorschlag beraten, ob der Sitzungsmodus für den BSB beraten.

- Variante 1: BSB 18:00 bis 19:00, im Anschluß BEA von 19:00 bis 21:00 Uhr
- Variante 2: BSB 18:00 bis 19:30, im Anschluß BEA von 19:30 bis 21:30 Uhr

Folgende Meinungen werden angeführt:

- Sitzungszeit keine Änderung
- Sitzungszeit BEA mindestens 2 Std.
- Sitzungszeit BEA ab 19:30 ok
- Sitzungszeit BEA keinesfalls über 21:00 Uhr
- keine Sitzungszeitenüberschneidungen, BSB kann ja eher beginnen
- BEA benötigt auf jeden Fall 2 Std. bei speziellen Themen gemeinsame Sitzung

Bei der Meinungsabfrage für die Sitzungszeit des BEA ergab sich:

10 Stimmen für 19:30 bis 21:30
7 Stimmen für 19:00 bis 21:00
5 Stimmen haben sich enthalten

Nach Einwand, daß viele Mitglieder schon gegangen seien wurde die endgültige Entscheidung vertagt und beschlossen, daß der BSB im Januar von 18:00 bis 19:00 Uhr tagt und der BEA von 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr tagt.

In der nächsten Sitzung des BEA wird eine Abstimmung bezüglich des Sitzungsmodus durchgeführt.

Ende der Sitzung gegen 20:50 Uhr.